

DIE LINKE. Berlin
8. Landesparteitag, 4. Tagung
24. September 2022

Änderungsantrag ÄA 1.5

Antragsteller*innen: Denis Petri, Unterstützer*innen: LAG Klimagerechtigkeit, Dennis Egginger-Gonzalez, IG Nahverkehr

Der Landesparteitag möge beschließen:

Nach Ziele 135 wird als weiterer Absatz eingefügt:

1 **Über Energiearmut hinaus: Verteilungsgerechtigkeit in Zeiten von Wasser- und Klimakrise stärken**
2 **ken**

3 Nicht nur bei Energie stehen zentrale Diskussionen um die Verteilung von und den Zugriff auf nicht
4 vermehrbare öffentliche Güter an. Im Sommer kamen erste Verzichtsappelle bezüglich des privaten
5 Wasserverbrauchs auf. DIE LINKE Berlin setzt sich dafür ein, dass objektiv notwendige Maßnahmen wie
6 die Reorganisation des Wasserverbrauchs oder die Verhinderung oder Abmilderung der Klimakatastro-
7 phe in Berlin strukturell und solidarisch verfolgt werden. Die Verteilung von Wasser und die Sicherung
8 von Flächen hierfür muss der Devise "Wer hat, der gibt" folgen und nicht dem "Wer hat, dem wird gege-
9 ben" der Ampel und der CDU.

10 Begründung:

11 Energiearmut ist das Thema der Stunde, denn die Energiepreise explodieren und viele Menschen haben
12 Angst, ihre Rechnungen nicht bezahlen zu können und wissen nicht, ob sie ihre Wohnungen im Winter
13 heizen können.

14 Über die akute Situation hinaus wird es in Berlin in den kommenden Jahren zu intensiven Debatten um
15 die Verteilung und Nutzung der Wasserressourcen kommen. Rein objektiv ist schon jetzt klar: Das Was-
16 ser wird knapp. Mit der Eröffnung der Auto- und Batteriefabrik von Tesla in Grünheide ist ein Großver-
17 braucher im Einzugsgebiet der Berliner Wasserversorgung entstanden und im Sommer waren erste De-
18 batten um sogenannte „Luxusnutzungen“ von Wasser zu vernehmen. Unerwähnt bleiben dabei aber z.B.
19 die industriellen Großverbraucher in Berlin. Damit die Debatte und die Verteilung der Ressourcen eben
20 nicht nur individuelles Verhalten und zwar insbesondere derjenigen, die nicht über einen eigenen Brunne
21 verfügen, in den Vordergrund stellt, muss sich DIE LINKE bereits jetzt entsprechend positionieren und
22 klar machen, dass die großen privaten wie industriellen Verbraucher diejenigen sind, die zuerst Spar-
23 maßnahmen ergreifen müssen und eben nicht die Kleingärtnerin mit ihrem Planschbecken. Auch beim
24 Wasser und bei der Bewältigung der Anforderungen der Klimakrise gilt es, Solidarität auch staatlich zu
25 organisieren und nicht diejenigen durch aktives Handeln oder Verschweigen zu schonen, die bereits viel
26 haben oder verbrauchen. Soziale Gerechtigkeit muss auch durch die soziale Bereitstellung und gerechte
27 Verteilung der Ressourcen abgesichert werden.